

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 7

Artikel: Quo vadis, Kennedy?
Autor: Ingrim, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

So kurz auch die Geschichte der Vereinten Nationen an Jahren ist, sie haben in ihrer konstitutionellen Entwicklung einen weiten, ihnen durch die politische Entwicklung vorgezeichneten Weg zurückgelegt. Der Idealist wird es begrüßen, daß sie damit dem Ideal einer demokratischen, universalen Menschheitsorganisation näher gekommen sind. Der Realist mag jedoch zweifelnd fragen, ob sie dadurch auch ein stärkerer und besserer Garant des Friedens und des Rechtes geworden sind.

Quo vadis, Kennedy?

ROBERT INGRIM

Warum nicht «Quo vadis, Nixon?»? Die Aussichten John F. Kennedys und Richard M. Nixons, Eisenhowers Nachfolge anzutreten, scheinen einander vorerst die Waage zu halten. Warum also zerbricht man sich nur den Kopf darüber, welchen Weg Kennedy einschlagen würde? Vor allem aber eine Klarstellung: Die Mahnung an die Nichtamerikaner, sie sollten beim Ringen um diese Präsidentschaft nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich strengste Neutralität wahren, ist kindisch. Da die Vereinigten Staaten die Obmacht sämtlicher um die Freiheit bangenden Völker geworden sind, ist der Kampf ums Weiße Haus ihrer aller ureigenste Angelegenheit.

Aber, so hört man, es ist ohnehin fast unmöglich, den Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten zu beschreiben. Warum sollte man sich da als Fremder für den Kandidaten der einen oder der anderen ereifern? Die beiden Parteien haben so viel gemeinsam, daß sich bei einer solchen Wahl nur die Frage stellt, welcher von zwei Männern besser geeignet ist, ein und dasselbe Ziel anzusteuern. Wo bleibt bei solchem Rennen der Nervenkitzel?

In der Tat, die Parteien haben sehr viel gemeinsam. Ist man auf so unscharfe Begriffe wie rechts und links, konservativ und fortschrittlich, Reiche und Arme, Arbeitgeber und Arbeitnehmer angewiesen, so findet man kaum seinen Weg. Bei vielen wichtigen Abstimmungen im Kongreß spalten sich beide Parteien.

Alte Millionärsfamilien findet man hier und dort, mitunter sogar auf beide verteilt. Am stärksten klammern sich ans Alte die Südstaatler, und sie sind wegen des Bürgerkriegs vor fast hundert Jahren meist bei den Demokraten. Diesen neigen im allgemeinen die sogenannten religiösen Minderheiten zu, Katholiken und Juden, aber das ergibt sich wohl daraus, daß sie meist in den Nordstaaten leben, wo die von ihnen als abweisend empfundene Tradition republikanisch ist. Einen blassen Wegweiser für die Unterscheidung bietet die Tatsache, daß in jeder Partei der letzte gewichtige Führer nachwirkt: Theodor Roosevelt bei den Republikanern, Franklin Roosevelt bei den Demokraten. Der eine die Verkörperung nationalen Selbstbewußtseins, der andere ein Freund sozialer Experimente. Diese machten ihn bei den Gewerkschaftern beliebt: Arbeitsbeschaffung, Vollbeschäftigung, Wohlfahrtsstaat, dazu die Inflation, die den Gewerkschaftsführern die schönsten Siege verschafft, weil die «Organisierten» mit ihr besser Schritt halten als die anderen Stände.

Mit den Demokraten schwimmen darum die *liberals* und *eggheads*, und das sind nicht etwa die Wirtschaftsliberalen und Gelehrten, sondern die Salonsozialisten und die Intellektuellen, die in der Politik paradoxe Konstruktionen und schöne Formeln ergrübeln und erklügeln, weil sie das klardenkende Vordringen zu den stets einfachen Elementen für primitiv halten. Machtpolitik dünkt diese Geistreichen so abscheulich, daß sie das eigene Land lieber als Amboß denn als Hammer sehen. Für alle Europäer sind das vertraute Gestalten; für die meisten Vertreter europäischer Zeitungen Gegenstand besonderer Verehrung.

Nun sind wir beim Thema. Die *liberals*, diese nahen Verwandten von Hugh Gaitskell, Carlo Schmid und Pierre Mendès-France, sind in der Demokratischen Partei eine kleine Minderheit. Zu ihnen aber gehören viele Männer der Feder und des von Kathedern und Kanzeln tönenden Wortes. Sie sind die Wahren des Erbes von Franklin Roosevelt. Nach seinem Tode sind viele von ihnen im Amt geblieben, auch unter Eisenhower und Dulles, still, aber der Wiederkehr ihrer Zeit entgegensehnend.

Harry Truman, der 76jährige Altpräsident, hielt sich dem Parteikonvent von Los Angeles fern mit der Begründung, daß der Ausgang zu Gunsten Kennedys schon abgekartet sei. Da wolle er nicht mitspielen. Der eigentliche Grund war, daß ihm der Mann nicht gefiel. Man brauche einen, sagte er, «mit möglichst großer Reife und Erfahrung». Dann kam der Satz, den die Gegenpartei im Wahlkampf wohl oft zitieren wird: «Senator Kennedy, sind Sie sicher, daß Sie fürs Land schon fertig sind, und daß es das Land für Sie als Präsident ist? Darf ich Ihnen nahelegen, sich in Geduld zu fassen?» An die Spitze der Männer, die er als besser geeignet vorschlug, stellte er Senator Stuart Symington, aber da dieser gar keine Aussicht hatte, war allen klar, daß Truman in Wirklichkeit für Lyndon B. Johnson warb, den Führer der Senatsmehrheit, den er an zweiter Stelle erwähnte. Adlai Stevenson stand nicht auf seiner

Liste... Die Leute Kennedys warfen Truman vor, er habe mit dieser Rundfunkrede mehr für den Republikaner Nixon als für irgendeinen Kandidaten der eigenen Partei getan. Vielleicht hatte er die Sünde begangen, vor allem an die Vereinigten Staaten zu denken.

Johnson hatte als die beherrschende Figur des Senats den Ruf erworben, der beste Mann der Demokraten zu sein, dem man sogar zutraute, viel republikanische Stimmen an sich zu ziehen. Von ihm könnten die Oppositionsparteien mancher Parlamente lernen, wie man die Regierung scharf kontrolliert und ihr zugleich die Wahrung der Landesinteressen erleichtert. Das jüngste Beispiel war Johnsons prächtige Haltung nach dem U-2-Zwischenfall vom 1. Mai, als der Präsident im Gefühl reinen Gewissens aus eigenem Antrieb und auf niemandes Rat einem Anfall von Geständnisfreudigkeit erlegen war, der sich in der Kadettenschule besser ausgenommen hätte als im obersten Bereich der Weltpolitik. Da bewährte sich Johnson als Staatsmann über dem Parteigeschäft. Nicht so Kennedy, der meinte, Eisenhower hätte Chruschtschew sein Bedauern ausdrücken sollen; nicht so Stevenson, der meinte, man hätte wegen des Gipfeltreffens die lebenswichtige Aufklärung der amerikanischen Bombenziele in der Sowjetunion unterlassen sollen!

Johnson, der beste Mann der Demokraten, hätte allerdings einen Wahlsieg im kommenden November schwerlich erringen können, denn er ist ein Konservativer aus Texas und steht den Wählermassen in den großen Städten der Nordstaaten nicht recht zu Gesicht.

Da war aber auch Stevenson, ein zweimal gescheiterter Präsidentschaftskandidat, den es gelüstete, das Glück nochmals zu versuchen. Am 9. Juni erschien in der «New York Times» ein Aufruf von fünfzehn Schriftstellern, Soziologen und Erziehern zu Gunsten der Aufstellung Stevensons. Unter ihnen war James P. Warburg, der bei der Verketzerung des jetzigen Deutschland in Amerika dieselbe Rolle spielt wie Professor A. J. P. Taylor in Großbritannien. Man tut ihm gewiß nicht Unrecht, wenn man feststellt, daß ihm das kommunistische Rußland lieber ist als irgendein Deutschland. Erst am 20. Mai schrieb er in einem Brief an die NYT, Eisenhowers Gipfelmühe sei verunglückt, weil er versäumt habe, mit den Briten eine feste Haltung wider die Obstruktion der Achse Bonn-Paris einzunehmen. Er habe Adenauer erlaubt, jede konstruktive westliche Initiative zu blockieren, und de Gaulle, das Gipfeltreffen um Monate zu verschleppen. Die gütigste Fee aber an Stevensons dritter Wiege war Eleanor, Franklin Roosevelts Witwe, durch europäische Berichterstatter als ehrfurchtgebietende Gräisin beschrieben, von der das unsterbliche Wort stammt: Wir müssen Stalin vertrauen, damit er uns vertraut. Daß ihr Charakterbild nicht schwanke in der Geschichte, schrieb sie noch in der Augustnummer von McCalls Monatsheften, in Bonn regierten die Nationalsozialisten, und darum dürfe man den Deutschen nicht erlauben, militärisch zu erstarken. Noch im September verzierte sie das Warschauer Verbrüderungsfest der polnischen

und tschechischen Gauleiter des Kremls, deren Hetzreden gegen Bonn sie durch eine eigene ergänzte.

Aber lassen wir Stevenson für sich selbst sprechen. Am 12. Mai warnte er in Chicago davor, den «beiden Deutschland» Kernwaffen zu geben — als ob die Sowjets wagen könnten, diese Mittel irgendeinem Gefolgsstaat zuzubilligen. In derselben Rede rühmte er Chruschtschews Vorleistungen für die Entspannung: «Die Sowjets haben einseitig die Kernversuche eingestellt; sie haben einseitig ihre Armee verkleinert; sie haben Gipfelgespräche für die Milde- rung der Spannungen vorgeschlagen; sie haben vollständige Abrüstung emp- fohlen.» Ein schlechter Vertrag sei besser als keiner. Das ist also ein gläubiger Mann. Am 19. Mai fügte er hinzu: «Wenn Chruschtschew die Pariser Konfe- renz auffliegen lassen wollte, ist es unsere Regierung, die es ihm ermöglichte.» Am 14. Mai war in «Paris-Presse» ein Gespräch Robert Bulays mit Stevenson in dessen Heim erschienen. Stevenson hatte gesagt, man solle die Truppen in Westberlin von 11 000 auf 7000 verringern, die Abrüstung auf Grund des Disengagement-Plans Rapackis (das heißt des Kremls) suchen, auch auf grö- ßere Änderungen der amerikanischen Außenpolitik nach den Wahlen gefaßt sein. «Zehn Jahre lang haben wir tatsächlich keinen Staatssekretär gehabt. In dieser Zeit war unser eigentlicher Staatssekretär Bundeskanzler Konrad Ade- nauer.»

Freudig zitierte diesen Satz der Großtyrann, und im Senat sagte der Repu- blikaner Dirksen, angesichts der Möglichkeit, Stevenson im Januar 1961 an einflußreicher Stelle zu finden, wäre Chruschtschew ein Narr gewesen, hätte er nicht nach diesem Interview eine Verschiebung des Gipfels um sechs bis acht Monate herbeigeführt. In seinem unvermeidlichen Dementi sagte Stevenson nicht, der Franzose habe ihm ungeheuerliche Worte in den Mund gelegt. Er begnügte sich mit der Erklärung, er sei ungenau zitiert worden, vermutlich weil es Sprachschwierigkeiten gegeben habe.

Aber warum so viel über Stevenson, wo er doch auf dem Konvent das Ren- nen nicht gemacht hat? Am 5. Juli hielt Kennedy im Hotel Roosevelt zu New York eine Pressekonferenz ab. Unter anderem kam die folgende

Frage: Glauben Sie, daß Stevenson oder Humphrey Sie auf dem Konvent unterstützen wird?

Antwort: Das glaube ich nicht.

Frage: Herr Stevenson — Verzeihung!

Antwort: Ich fühle mich geschmeichelt.

Frage: Ja ich dachte an Stevenson. Haben Sie Gouverneur Stevenson versprochen oder sinngemäß gesagt, daß er vielleicht Staatssekretär wird, wenn Sie Präsident werden?

Antwort: Nein, ich. . . O doch, als ich in Oregon war, sagte ich, es sei zur Zeit meine Auf- fassung, daß, wer immer demokratischer Präsident würde, er Gouverneur Steven- son bitten würde, als Staatssekretär zu dienen.

Frage: Bedeutet das, daß Sie ihn tatsächlich in Betracht ziehen als Ihren. . .

Antwort: Hm, ich denke, daß es wirklich das bedeutet, was ich gesagt habe; ich denke, daß meine Erklärung, ich denke, ganz klar ist, ich hoffe.

Am 10. Juli, als Stevenson noch davon träumte, Präsidentschaftskandidat zu werden, erwiderte er, er würde einen Posten in einer demokratischen Regierung annehmen, wenn seine und des Präsidenten Ansichten verwandt wären.

Am 15. Juli enthielt der Pariser «Monde» eine interessante Meldung aus London:

«Die Aufstellung Kennedys als Kandidaten der Demokraten im ersten Wahlgang hat hier keine Überraschung erregt. Die politischen Kreise machen gute Miene zum bösen Spiel, weil ihr bevorzugter Anwärter Adlai Stevenson war. Man hat nur den Wunsch, daß Kennedy sein Versprechen hält, falls er gewählt wird, Stevenson zum Staatssekretär zu machen... Dieser ist den Briten weitaus der sympathischste Amerikaner.»

Am 17. Juli berichtete UPI aus Wien:

«Die Aufstellung Kennedys zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten ist von Kommentatoren des Ostblocks begrüßt worden. Über Radio Moskau hieß es, die Angriffe Kennedys auf die Außenpolitik der Regierung Eisenhower seien ‚eine politische Sensation‘. Bei einem Wahlsieg Kennedys würde Adlai Stevenson, einer der schärfsten Kritiker Eisenhowers, wahrscheinlich Außenminister werden.»

Am 30. Juli dagegen im «Münchener Merkur» die folgende Meldung aus Moskau:

«Die Nominierung Nixons zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner ist in Moskau mit unverhohlenem Grimm aufgenommen worden. Die ‚Konsomolskaja Prawda‘ charakterisiert Nixon als ‚käufliches Subjekt der großen Bosse‘, das weiterhin wie schon im väterlichen Kaufladen mit fauler Ware handeln werde, nämlich mit einer Politik der Stärke.»

Nixons bescheidene Herkunft hatte es auch Herrn Chruschtschew angetan, dem stolzen Chef des staatlichen Monopolkapitalismus der Sowjetunion. Am 13. Juli empfing er Joseph Curran, den linksradikalen Führer der amerikanischen Seeleutegewerkschaft. Ihm sagte er, Kennedy schein ein verständiger Mann zu sein, Nixon aber sei ein Tölpel und kein Politiker, sondern ein Ladenschwengel in einer Gemischtwarenhandlung. Als das veröffentlicht worden war, erschrak Chruschtschew über den Bären dienst, den er Kennedy geleistet hatte, und stellte fest, beide Kandidaten seien Lakaien des Kapitalismus; die Amerikaner würden erst später reif werden für die Erwählung eines Kommunisten.

Am 10. August stellte Cyrus L. Sulzberger, der Chefkorrespondent der NYT, fest, es gebe eine sonderbare Parallele von Vorurteilen:

«Die englischen Konservativen wünschten leidenschaftlich, daß Adlai Stevenson aufgestellt und gewählt werde. Jetzt hoffen sie, daß Kennedy Präsident wird und Stevenson zum Staatssekretär ernannt. Die russischen Kommunisten sind weder für Kennedy noch für Stevenson, aber so heftig gegen Nixon, daß sie die Demokraten für das kleinere Übel zu halten scheinen... Die ‚Times‘ sagte, Stevenson ‚hätte den besten Präsidenten abgegeben‘, und hoffte, ‚er habe doch noch Aussicht, eine Regierung Kennedy zu stärken‘. Der ‚Daily Telegraph‘ und der liberale ‚News Chronicle‘ wünschen, daß die Demokraten gewinnen und Stevenson ins Staatsdepartement bringen.»

Sulzberger erklärt diese Parallele zwischen London und Moskau mit «persönlicher Voreingenommenheit», was recht unzulänglich ist, und fügt hinzu, im allgemeinen gebe es bei den meisten NATO-Verbündeten eine deutliche Vorliebe für die Demokraten, was wohl eine Verwechslung der Presse mit der Ansicht der Maßgebenden ist. Sulzbergers Wahrnehmung ist aber kein Liebesdienst für Kennedy, weil sich Bonbons mit der Aufschrift «Tories und Bolschewiken» in Amerika nicht gut verkaufen. Nicht einmal mit dem Etikett «Britten und Russen».

Man soll rechtzeitig, aber nicht zu früh Wolf rufen. Kennedy hat einen steilen Anstieg vor sich, und Versprechungen vor der Wahl sind, was sie sind. Bei den Kongreßwahlen schneiden seit Jahren die Demokraten so gut ab, daß sie in beiden Häusern etwa zwei Drittel der Sitze innehaben. Es müßten also viele Freunde ihrer Partei republikanisch wählen, damit Nixon ins Weiße Haus gelangt. Die Demokraten sind aber innerlich weit mehr gespalten als die Republikaner. Deren Konvent war einfach und übersichtlich. Der Gouverneur des Staates New York, Nelson Rockefeller, der einzige ernstzunehmende Rivale Nixons, spielte seine Karten so geschickt, daß er seine Wünsche ins Parteiprogramm brachte; daß er es Nixon leichter machte, einigen eisenhowerschen Ballast abzuwerfen, und daß er dazu noch seinen eigenen Ruf als den eines vornehmen und für die Zukunft in Betracht kommenden Mannes festigte. Daß sich Nixon dabei, wie nach Europa berichtet wurde, von einem konservativen Saul in einen liberalen Paulus verwandelt habe, war eine Erfindung James Restons, der in der sonst meist nixonfreundlichen Redaktion der NYT der Anwalt Stevensons ist und darum mit Nixons angeblichem Opportunismus eine Entsprechung zu Kennedys gewagten Kompromissen aufzeigen wollte. Rockefeller mußte den Vizepräsidenten nicht zur Förderung der Gleichstellung der Neger bekehren, und es ist schwer erfindlich, warum es liberal sein sollte, wenn man von Eisenhowers Meinung abweicht, daß das Haushaltgleichgewicht noch dringender sei als die Verbesserung der Rüstungen. Gegen den Wohlfahrtsstaat hat Rockefeller nicht weniger Abneigung als Nixon. Sie beide sind etwa so konservativ und liberal wie Eisenhower, Segni und Adenauer, auch wie Nixons Mitrenner Henry Cabot Lodge.

Auf dem demokratischen Konvent ging es dagegen hoch her, und er war von Geheimnissen unwittert, die zum Teil noch jetzt undurchschaubar sind. Da war vor allem die Tatsache, daß Stevenson, schon immer ein Tolpatsch in der innerparteilichen Technik, nicht aufgab, als seine Aussicht, nominiert zu werden, bereits unter Null gesunken war, und daran angeknüpft war die Meinung, daß er es sich dadurch mit Kennedy verdorben, daß er diesen von jedem Versprechen befreit habe. Dann gab es das Schauspiel kräftiger Gegenzüge Lyndon Johnsons, der verkündete, die beste Lösung wäre er als Präsident und Kennedy als Vizepräsident, und der dabei den Nixonleuten noch einen schönen Wahlschlager bescherte durch die Feststellung, die Vizepräsidentschaft sei die

beste Vorschule der Präsidentschaft. Und dem folgte die größte Überraschung, die nicht darin bestand, daß Kennedy Johnson als seinen Mitrenner, als Bewerber um die Vizepräsidentschaft vorschlug, sondern darin, daß Johnson diesen Antrag annahm. Um das ranken sich zwei widerspruchsvolle, unvereinbare Deutungen: Erstens, daß niemand erstaunter und betroffener gewesen sei als Kennedy; zweitens, daß er, um Johnson zu gewinnen, ihm feste Zusicherungen für die künftige Politik, zumal für die Außenpolitik gegeben habe.

Das letztere fürchten die Rooseveltianer, besonders da Kennedy — übrigens genau wie Nixon — angekündigt hat, daß das Amt des Vizepräsidenten in Zukunft viel mächtiger sein werde als in der Vergangenheit.

Sollte Kennedy geglaubt haben, die *liberals* und die fortschrittlich gesinnten Wähler habe er ohnehin, und Johnson als Mitrenner werde ihm die Konservativen verschaffen, so erwies sich das allerdings rasch als eine zu kühne Erwartung. Die *liberals* werden zwar nicht wegen Johnsons zu Nixon abfallen, aber sie können sich der Wahl enthalten. Die Konservativen in den Südstaaten riefen nicht wie erwartet: Nun, mit Johnson kann nichts Böses passieren; sie klagten ihn vielmehr der Untreue an, weil er dem Wunsch nach Verbesserung der Negerrechte beigetreten war.

So wurde die kurze Hochsommertagung des Kongresses Stoff für einen Lustspielautor. Sie wurde zum Vorduell des Zweikampfes zwischen Nixon und Kennedy, ausgefochten von Eisenhower und dem Senatsführer Johnson. Der Präsident, der schon immer ein meisterhafter Innenpolitiker war, versetzte mit harten Schlägen die Demokraten in die Defensive. Sie hatten den Wählern demonstrieren wollen, daß Partei und Staat mit Kennedy einen starken Führer erhalten würden; daß alles viel reibungsloser ginge, wenn das Staatsoberhaupt und die Mehrheit nicht mehr verschiedenen Parteien angehörten. Eisenhower aber drängte auf die sofortige Erfüllung der im demokratischen Programm enthaltenen Zusagen an die Neger, und zugleich drohte er sein Veto an gegen die dem Programm entsprechenden wohlfahrtsstaatlichen Fürsorgegesetzentwürfe Kennedys. Auf diese Art spaltete er die Demokraten. Wider die Negergesetze kündigten sie einen Filibuster an, eine Obstruktion durch endlose Reden, so daß Johnson auf die Beratung verzichtete. Gegen die Sozialgesetze stimmten sie, mit dem Hinweis auf das von Eisenhower angedrohte Veto, gemeinsam mit den Republikanern. So boten diese das Bild schöner Geschlossenheit, die Demokraten das tiefer Zerrissenheit. Kennedy hatte die Macht Johnsons überschätzt. Es gab sogar Beobachter, die meinten, Johnson habe sich nicht angestrengt, denn er brauche nichts zu befürchten: Siegen Nixon und Lodge, so werde er zwar nicht Vizepräsident, bleibe aber der mächtige Führer des Senats. So habe er sogar bessere Aussicht denn als Kennedys Vizepräsident, im Jahre 1964 Präsident zu werden. Das sind Vermutungen, aber dumm sind sie nicht.

Das Schauspiel dieser Sommertagung ist von höchster außenpolitischer Be-

deutung. Die Gründenden Väter haben dafür gesorgt, daß die Verfassungsbestimmung, die dem Präsidenten aufträgt, die Außenpolitik gemeinsam mit dem Senat zu führen, nicht auf dem Papier bleibe. Alle wichtigen Postenbesetzungen bedürfen der Zustimmung des Senats. Wollte Kennedy tatsächlich Stevenson zum Staatssekretär ernennen und dessen Gesinnungsgenossen Chester Bowles, der als Botschafter bei Nehru das Friedeln lernte, zum Botschafter bei den Vereinten Nationen, so könnte er im Senat auf den Widerstand einer aus Republikanern und Süddemokraten bestehenden Mehrheit stoßen. Einen kleinen Vorgeschmack empfing Kennedy schon, als Eisenhower ablehnte, diese beiden Herren als des Kandidaten Verbindungsmänner zum Staatsdepartement und zum geheimen Nachrichtendienst anzunehmen. Nur Kennedy selbst und Johnson seien ihm dafür willkommen. Für Stevenson und Bowles, der das militärische Zusammengehen mit Spanien, Pakistan und Thailand verwirft und noch vor kurzem mit der Neutralisierung Berlins, ja, ganz Deutschlands geliebäugelt hat, war das eine peinliche Erniedrigung, eine Kundgebung des Mißtrauens.

Eisenhower mit seiner ungebrochenen Volkstümlichkeit ist ein beachtlicher Kämpfer. Harry Truman dagegen, dessen Wahlhilfe sich Kennedy nun doch verschafft hat, ist mitsamt der Demokratischen Partei schwer beschädigt durch die jüngste, gutgezielte Indiskretion des Staatsdepartements, das zwei Journalisten ermöglicht hat, geheime Dokumente aus der letzten Zeit des Krieges ans Licht zu bringen. Neben seinem Vorgänger Roosevelt steht auch Truman unter der Anklage, China an die Roten verloren zu haben. Die Entschuldigung, auch für die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, war bisher, daß jedes Mittel, sogar die Anwerbung von Stalins Hilfe recht gewesen sei, um einer Million amerikanischer Soldaten den Tod zu ersparen, den sie bei der Eroberung Japans gefunden hätten. So habe man Stalins Preis bezahlen müssen. Die — kampflös — besetzte Mandschurei machte er dann zur Ausgangsstellung, von der Mao Tse-tung ganz China gewinnen konnte. Warf man Truman vor, Japan sei doch schon kampfmüde gewesen und habe Stalin um Friedensvermittlung gebeten, so war die Antwort, Stalin habe das verschwiegen.

Dank jenen Dokumenten weiß man, daß diese Ausrede nicht der Wahrheit entsprach. Die Amerikaner wußten von den Friedensfählern, weil sie die Funksprüche Tokios an die Botschaft Japans in Moskau entschlüsselten, und Stalin selbst weihte Truman ein. Der aber bestand auf bedingungsloser Unterwerfung. So ging China verloren, und das kann noch den Enkeln zum furchtbaren Fluch werden. Wer möchte nun gern in Trumans Haut stecken? Wer möchte ihn gern als Wahlhelfer?

Durch seine Schäferspiele mit Eleanor Roosevelt, Stevenson und Bowles hat Kennedy sogar den Vatikan unsicher gemacht und dazu die vielen amerikanischen Protestanten, die gehofft hatten, an der Erwählung des ersten Katholiken zum Präsidenten werde sich erweisen, daß die Nation reif, erwachsen

und ihren Vorurteilen entronnen sei. Im Jahre 1957 fand in einem eleganten Haus der New-Yorker Park Avenue eine höchst geheime Zusammenkunft führender Katholiken statt, die den dabei anwesenden Kennedy erkor, die konfessionelle Mauer ums Weiße Haus zu durchbrechen. Dabei war auch Clare Boothe Luce, früher Botschafterin beim Quirinal, zwar Republikanerin, aber in erster Reihe katholische Konvertitin. Auf ihren weisen Rat wurde Kennedy aufgefordert, sich bis 1964 zu gedulden, weil er 1960 wegen seiner Jugend alle Hoffnung für lange Zeit verschütten würde, womit sich wohl erklärt, warum ihm die Luce-Blätter nicht zu Diensten sind.

Die gescheitesten der römischen Prälaten, die sich auf Weltpolitik verstehen, empfinden den Sieg des katholischen Kandidaten nicht als reine Freude, wenn er die Diplomatie der Vereinigten Staaten den schwachen Händen von Friedlingen anvertraute. Eine Erschütterung der Militärbündnisse könnte wohl rund um den Erdball den endgültigen Sieg der Gottlosen herbeiführen. Eisenhower war schon in der Lage, eine gemeinsame «unpolitische» Versammlung mit Kardinal Spellmann anzukündigen, und jedes öffentliche Auftreten des Präsidenten dient nun der Stützung Nixons. Zweifel sind auch in die Gewerkschaftsführung eingedrungen. Zwar hat sie, wie das Tradition ist, den Mitgliedern empfohlen, demokratisch zu stimmen, aber erstens wird das erfahrungsgemäß nur mangelhaft befolgt, und zweitens hat die Politik der Stärke wider die Sowjets keinen besseren Anwalt als George Meany, den Präsidenten der AFL-CIO. Auch mit ihm wird sich Kennedy hinsichtlich seiner außenpolitischen «Erfüllungsgehilfen» auseinandersetzen müssen. Auch den Generälen und Admirälen wird er Beruhigung geben müssen, die jetzt Johnson als ihren Wachhund betrachten.

Einer Wiederaufführung der Ära Roosevelt steht also vieles im Wege, vor allem die Tatsache, daß das in Amerikas Geschichte ganz neue Vorhandensein starker militärischer Einrichtungen in Friedenszeiten dem Volkskörper ein konservatives Rückgrat einverleibt hat.